

Dr. „Volksrecht“ erscheint wöchentlich 6 Bände und ist durch die Expedition, Neue Bräunerstr. 7, und durch Kolportage zu beziehen. Preis pro Bogen 25 Pf., Monat 1.05 M., für 6 Monate 5.10 M. Durch die Post bezogen 5.10 M., frei ins Haus 5.52 M., wo keine Post am Orte 6.04 M.

Volksrecht

für Schlesien und „Biegniger Volkszeitung“.

Einzelpreis beträgt für die einspalt. Colonnette ob, oben Raum für Bremen u. Schlesien 25 Pf., Rubrik 45 Pf., Doppelspalt unter Text 1.20 M., für die Rubrik, 1.00 M., Besondere Anzeigen Familien-Mitglieder 55 Pf., Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis Samstag 6 Uhr in der Expedition abgegeben werden.

Telephon Redaktion 3141.

Organ für die werktätige Bevölkerung.

Telephon Expedition 1206.

Nr. 227.

Breslau, Freitag, den 28. September 1917.

28. Jahrgang.

Was redet Asquith?

Was redet Asquith?

In England hat der bedeutende liberale Politiker Asquith, der als einer der nächsten Leute auf den britischen Inseln gilt, eine indirekte Antwort auf die deutsche Auslassung zur Papstnote gegeben, da die Regierungsmänner selbst sich noch in Schweigen hüllten. Denn Lloyd George hatte eine schleunige Reise nach Frankreich unternommen, um mit Painlevé und dem militärischen Befehlshaber Haig zu verhandeln. Beim letzten sollte wohl festgestellt werden, ob es nicht durch militärische Kraftmittel gelingen würde, die flandrische Küste von den Deutschen frei zu machen und sie dadurch allen Verhandlungen endgiltig zu entziehen. Wenn nun, wie zu erwarten steht, Lloyd George den wahrheitsgemäßen Bericht erhalten hat, daß das zumindest in diesem Jahre unmöglich ist, wird der englische Premier nach London in dem Bewußtsein zurückgekehrt sein, daß er sein Ziel durch Verhandlungen erreichen muß, weil die militärische Kraft dazu nicht ausreicht. Wie sich allerdings Herr Asquith das Ergebnis dieser Verhandlungen vorstellt, das wird in Deutschland allgemein Verwunderung erregen. Herr Asquith versicherte zum hundertsten Male, daß England nur für den Frieden Krieg führt und daß dieser Friede nicht mehr in einem „Teilchen um Gebietsteile“ bestehen dürfe, überhaupt nicht in einem „dem Besiegten vom Sieger auferlegten Vertrage“.

Man in diesen Wendungen eine vernünftige Sinngebung zum Verständigungsfrieden beizubringen, so fängt doch Minister Asquith im nächsten Satz schon mit dem „Teilchen um Gebietsteile“ wieder an. Als Rechtfertigung für die Verberlichkeit eines Siegesfriedens dient ihm der von 1871, der Elsaß-Lothringen von Frankreich rief und die notwendige Folge dünkt ihm: Zurückgabe dieser Provinzen an Frankreich, das alte Lied, das schon so viel Tränen kostete und noch immer Zanapfel bleiben soll. Was 1870 mit Elsaß vorgegangen war, das schiert ihn überhaupt nicht. Und mit derselben Unbefangenheit werden die Ansprüche Italiens und Rumaniens — die Ansprüche dieser ohne Not aus purer Raubgier in den Krieg eingetretenen Staaten — aufs neue erhoben, dazu die serbischen, polnischen, südslawischen und griechischen (!), also daselbe Teilchen um Gebietsteile, das er vorher als unvereinbar mit dem neuen Geiste bezeichnete. Galt es nicht nur vor den russischen Fremdbesatzern, vor dem von England unterjochten Ägypten und Indien, vor Marokko und allem Entente-Besitz. Dort spielen die „wirklichen Wünsche“ der Völker, die Rassenverwandtschaft keine Rolle, dort wird das „internationale System“ durch die Herrschaft Englands und seiner Verbündeten ersetzt. Nein, Herr Asquith — das ist der Weg zum Frieden nicht!

Neben der ausdrücklichen Versicherung, daß England nicht die Vernichtung Deutschlands oder die dauernde Erniedrigung des deutschen Volkes beabsichtige und daß es auch nicht warten wolle, bis das kostspielige und langwierige Geschäft der Beilegung einer schlechten Regierung erledigt ist — das zielt gegen Wilson — wendet sich Asquith besonders gegen die Unbestimmtheit der unklaren und öligen deutschen Antwort. Es ist also heute keine Frage mehr, daß die nachträgliche Weglassung eines Passus über die Räumung Belgiens in unserer Antwort dem Fortgang der Friedensverhandlungen nicht förderlich gewesen ist. Wir werden das nachholen müssen und zwar bald. Ob die Reise des Reichskanzlers Michaelis ins Hauptquartier diesem Zwecke dient, wissen wir nicht, aber der Reichstag wird darauf bestehen müssen. Die Vertagung der Plenarsitzung des Reichstages um eine volle Woche ist mit Rücksicht auf diese große Interpellationsdebatte erfolgt, die auch die amtliche Unterföhung der alldeutschen Agitation betrifft. In einem wenig beachteten Satz der gestrigen Geschäftsordnungsdebatte hat der Abgeordnete Scheidemann mitgeteilt, daß mit dieser Interpellationsdebatte notwendigerweise eine ausführliche Erörterung auch anderer Fragen der Reichspolitik, gemeint ist eben die belgische Frage und die Frage der Zensur, verbunden werden müßten. Aber die Frage, ob und in welcher Form die Interpellation eingebracht werden soll, ist noch abhängig von dem Ausgange von Verhandlungen, die zwischen dem Reichskanzler und den anderen Reichsteilen zur Zeit in der Schwebe sind.

Angeblieh soll der Kanzler schon heute im Hauptauschuss reden wollen — hoffentlich nicht neue Un-

bestimmtheiten, sondern — volle Klarheit! Auch von Graf Hertling in München wird eine bedeutungsvolle Rede über die Weltlage angekündigt.

Im Vatikan soll über das Ergebnis der Initiative des Papstes sorgföhtige Hoffnungsfreudigkeit herrschen. Man nimmt an, daß die züversichtliche Haltung des „Discorso Romano“ durch Tatsachen hervorgerufen sein müsse, sonst hätte sich das Organ des Heiligen Stuhles kaum so bestimmt äußern können. Wenn man allerdings Reden wie die von Asquith betrachtet, weiß man nicht, welche Tatsachen das sein sollen.

Undeutsche Friedensarbeit.

Einen Artikel über die letzten Luftangriffe auf England beginnt die „Deutsche Tageszeitung“ mit folgenden Worten:

Die wiederholten Luftangriffe auf englische Küstenplätze und auf London, welche aus den letzten Tagen berichtet werden, bilden eine wohlthuende „Kompensation“ zur deutschen Antwort auf die Note des Papstes. Wir können uns keine erfreulichere Begleitmusik hierzu und zu den tief sinnigen Kommentaren über „Verständigung“ auf dem Boden des sogenannten status quo usw. denken. Vor allem mögen gerade diese Luftangriffe gegen Großbritannien den Plänen in Deutschland zeigen, daß man nicht nur gerüstet zu Kampf und Sieg ist, sondern auch entschlossen zum Siege, trotz der Hungerfriedensfraktionen.

Im Verlauf des Artikels heißt es dann weiter:

Die britische Regierung hat sich vor einigen Tagen herausgelassen, ähnlich in der großbritannischen Weise in schroffer und auffälliger Form zu erklären, es sei völlig aus der Luft gegriffen, daß von ihr ein Friedensfühler nach den Mittelmeeen ergangen wäre. Dieses Dementi mag von kritischen Lesern gelehrt werden. In Deutschland wird es keine Wirkung ausüben, denn wir wissen, daß das Dementi das Gegenteil der Wahrheit bedeutet. Ebenso gut wissen wir, daß die englischen und auch französischen Friedensfühler teils über den Ozean, teils über Wien gegangen sind. Dieser Grund der britischen Friedensfühler zeigt, daß das Deutsche Reich und seine Kriegführung auf dem richtigen Wege sind, und daß es nicht nur Deutschland sondern auch Deutschlands Bundesgenossen gegenüber, denken wir nun an die Türkei, ein Verbrechen wäre, den Weg zum Siege nicht zielstühiger und unerbittlicher fortzusetzen im gleichzeitigen unerschütterlichen Entschlusse, solche Bedingungen und Grundfragen des künftigen Friedens zu erzwingen, wie Deutschland und seine Bundesgenossen sie brauchen, unbeeinträchtigt durch internationales Gewand und jener Reichstagsfraktionen, die aus Mangel an Mut sich dem deutschen Volke den Hungerfrieden aufschwanken wollten.

Der Artikel endet mit folgenden Worten:

„Wir schließen mit dem Wunsche, daß die deutschen Luftangriffe gegen England ein Vorzeichen sein mögen für die Art des „Ausgleiches“ und der Verständigung“, aus welcher ein künftiger Friedenszustand erwachsen soll.“

Wir sind als Gegner dieser Auffassung behindert, unsere Meinung so frei auszusprechen, als es hierauf nötig wäre und teilen diese nur im Vertrauen mit, damit jedermann beurteilen kann, was man in England nach solchen Ausführungen über die Ehrlichkeit der deutschen Papstantwort und der Verständigungsabsichten denken muß.

Im „Vorwärts“ lesen wir folgende Bemerkung zu den Reventlow'schen Roheiten:

„Würde ein englischer Lord und Journalist das Krachen englischer Fliegerbomben, durch die möglicherweise deutsche Frauen und Kinder getötet werden, als „wohlthuende Kompensation“ und „erfreuliche Begleitmusik“ zu irgendetwas bezeichnen, so würde die „Deutsche Tageszeitung“ sicher für solche Roheit der Gesinnung das ganze englische Volk verantwortlich machen. Wir würden nur gern jagen, daß hüben und drüben vor einzelnen geühdigt wird, leider müssen wir zu unserer Schande gestehen, daß uns kein englischer Journalist von Rang bekannt ist, dem eine ähnliche Leistung zur Last fielen.“

Asquith über den Frieden.

London, 26. September. (Meldung des Reuterschen Bureau.) Asquith hat in Leeds bei einer Festgottesdienstgebung gesprochen. Er sagte u. a.: Die Verständigung ist ein Schritt in der Bewegung, die durch einen aus allen großen Parteien im Sinne gebildeten Ausschuss fortgesetzt wird, um dem Volke jetzt nach Beginn des dritten Kriegesjahres klaren und vollen Bericht zu geben über die Möglichkeiten der militärischen Verhandlungen. Es würde eine Verleumdung sein, zu behaupten, daß die Zeit eine Entscheidung über Verständigung durch die

Rechtfertigung der Gerechtigkeit der Sache bedürfe, für die sie sich seit mehr als drei Jahren bereit zeigte, Monat für Monat den Zoll ihrer besten Leben und teuersten persönlichen Hoffnungen zu zahlen. Ich gehe von einer Behauptung aus, die widerständig klingt mag:

Wir kämpfen für den Frieden.

Für den Frieden der Welt, der jedes Opfer wert ist, ausgenommen die Opfer alles dessen, was den Frieden wertvoll macht und seine Dauer sichert, indem er ihn auf den festen Felsengrund des von allen Völkern anerkannten verbürgten Rechtes stellt. Ein Friede in diesem Sinne ist nicht dort zu finden, wo man ihn früher so oft gesucht hat, in der Einstellung der tatsächlichen Feindschaften mit darauf folgendem Teilziehen um Gebietssteile, das schließlich in Papieren, Verhandlungsergebnissen und Verträgen niedergelegt und dort des Grabs einer ganzen Sammlung von Zufällen anheimgegeben wird. Das ist, wie jemand zutreffend sagte, die Bibel der Loren. Noch weniger können Sie einen der Welt wählbaren Frieden

von einem dem Besiegten durch den Sieger auferlegten Vertrage

erwarten, der die Grundsätze des Rechtes unbeachtet läßt und den geschäftlichen Ueberlegungen, Anprüchen und Freiheiten der betroffenen Völkern Hoheit. Solche sogenannten Verträge tragen die Würde ihres eigenen Todes in sich und bereiten nur einseitig einen tragischen Nährboden künftiger Kriege dar. Wir haben ein treffendes Beispiel für die Torheit und Nichtigkeit derartiger Abschlüsse an dem Vertrage von 1871, in dem das Reichste Deutschland darauf bestand, sich die beiden Provinzen Elsaß und Lothringen gegen den Willen ihrer Einwohner anzueignen. Wir tun gut, heute dessen zu gedenken, daß die beiden größten Männer Deutschlands, Bismarck und Moltke, die Folgen davon, jeder von seinem besondern Standpunkt, voraussehen. Bismarck war geneigt, Frankreich im Besitze von Metz zu lassen, denn er bemerkte behäuflich zu Bismarck, er wünsche nicht zwei Franzosen im Hause zu haben, und Moltke sagte weniger als vier Jahre nach Friedensschluß im Reichstage, Deutschland müsse 50 Jahre stark gehalten bleiben, um die Provinzen zu verteidigen, die es in nur sechs Monaten erobert habe. Würde jemals eine Prophezeiung durch den weiteren Verlauf besser bestätigt? Gaben wir nun Grund anzunehmen, daß Deutschland daraus gelernt hat? Wir lesen in den letzten Tagen

Die Antwort des neuen Reichskanzlers

auf die Note des Papstes; sie frohrt von unklaren und öligen Allgemeinheiten. Die deutsche Regierung sagt uns, daß sie mit besonderer Sympathie des Papstes Ueberzeugung begrüße, daß künftig die materielle Macht der Waffen durch die moralische Macht des Rechtes aufgehoben werden müsse. Sie erklärt, sich über den Erfolg des Krieges durch Schiedsgerichte zu freuen und will jeden darauf bezüglichen Vorschlag unterstützen, welcher, hielten Sie wohl diesen künftigen Frieden zu befehlen, mit den Lebensinteressen des Deutschen Reiches und Volkes vereinbar ist. Aber ich frage, ist in des Kanzlers Depesche oder in irgend einer anderen maßgebenden Erklärung der deutschen Regierung aus der letzten Zeit irgend ein Hinweis enthalten, daß sie bereit ist, nicht nur nicht das Verbrechen von 1871 zu wiederholen, sondern auch praktische Schritte zu unternehmen, die allein den Weg zu einem willkürlichen dauernden Frieden eröffnen können. Ist Deutschland bereit, zurückzugeben, was es damals Frankreich nahm? Ist es bereit, Belgien seine volle politische und wirtschaftliche Unabhängigkeit zurückzugeben, ohne Bedingungen und Vorbehalte und mit einer so vollständigen Entschädigung, wie eine nur materielle Entschädigung für die Verwüstung eines Landes die Leiden des Volkes entzöhdigen kann. Die endgiltige Antwort, die in einer Reihe von Erwiderungen auf Fragen wie diese gegeben werden könnte, würde gegenwärtig eine ganze Spalte von genommenen Plätzen ausfüllen. Asquith sagte dann die Bedingungen des Friedens, wie er ihn im Auge habe, dahin zusammen,

daß England nicht die Vernichtung Deutschlands

oder die dauernde Erniedrigung des deutschen Volkes beabsichtige. Die grobe und brutale Art, wie der Krieg von Deutschland geführt würde, beunruhigt allerdings die Meinung der Welt vor dem deutschen Charakter sie und werde das noch lange tun. Es sei im großen und ganzen richtig, daß jedes Land die Regierung habe, die es verdient. Wie die Geschichte zeige und wie das Beispiel Russlands beweise, sei die Beilegung einer schlechten Regierung ein kostspieliges und langwieriges Geschäft. Asquith fährt fort: Der preussische Militarismus, der war der Gegenstand unseres Kampfes und ist es noch. Aber für die deutsche Demokratie haben wir keinen anderen Wunsch, als daß sie diesen bösen Geist lasse. Das Ziel unseres Friedens ist nicht die Wiederherstellung des Status quo, noch des sogenannten Gleichgewichts der Mächte, sondern

die Ersetzung beider durch ein internationales System.

In dem für die großen und kleinen Staaten Maß ist und unter dem beide gleichmäßig ihrer Sicherheit und unabhängigen Entwicklung sicher sind. Als selbstverständlich ist die Räumung der besetzten Gebiete Belgiens und Frankreichs durch den Feind voraus. Sie wies bereits auf Elsaß-Lothringen und Belgien hin, aber wozu war sie dabei, in Worten und Taten, die den Eindruck einer Selbstverpflichtung, die in ihrem Urspunge durchwegs unklar war und die Wünsche und Interessen der direkt betroffenen Bevölkerung verlegen und die Herde der Unruhe und Unzufriedenheit waren und bleiben werden, so lange sie bestehen, so die gerechten Ansprüche Belgiens, Frankreichs und Rumaniens, ferner des belgischen Serbiens, das nicht nur in sein altes Gebiet zurückgeführt werden, sondern dem der Raum gegeben werden muß, den es als die Hauptmacht eines internationalen Systems

Hauptauschuss des Reichstags.

Die Verhandlungen in den Reichskammern.

Der Hauptauschuss begann seine Verhandlungen mit der Beratung der Nachträge zu dem Reichshaushaltsplan. Als erster Redner ging Graf v. Posadowsky auf seine Erfahrungen in den Reichskammern ein. Die Frage, ob ein besonderer allgemeiner Vertreter für den Reichsanwalt bestellt werden, sei von großer politischer Bedeutung. Diesem Vertreter des Reichsanwalts soll nach der Vorlage ein besonderes Reichsamt unterstellt werden. Damit soll im Deutschen Reich dasjenige geschaffen werden, was man in parlamentarisch regierten Ländern als Minister ohne Portfeuille bezeichnet. In diesen Ländern werden besondere Minister unter dem Druck der Parteiverhältnisse ernannt, nämlich dann, wenn eine größere Zahl von Ministern ernannt werden muß, um den Reichstagspartei in allen ihren Abteilungen die Möglichkeit zu geben, sich an der Regierung zu beteiligen. In Deutschland liege aber eine derartige Voraussetzung nicht vor. Umso größere Bedeutung habe die Frage für die Verantwortlichkeit des Reichsanwalts; der jetzige Zustand sei unerträglich. Die Verhältnisse erinnern an die bekannten Weiterhäusern, bei denen die eine oder die andere Puppe hervortrete, je nachdem gutes oder schlechtes Wetter sei. Wenn bei uns der Staatssekretär des Reichsamts des Innern eine wichtige Vorlage ausgearbeitet habe und dann von gewissen Zeitungen auf die Verantwortung hingewiesen werde, die nach der Verfassung allein der Reichsanwalt habe, dann könne man wissen, für diese Vorlage sei gutes Wetter. Wenn aber bei derartigen Gelegenheiten jene Blätter mit altem Nachdruck darauf verweisen, daß die Verantwortung des Reichsanwalts in solchen Fällen nur eine Form sei, in der Sache aber der Staatssekretär des Innern verantwortlich gemacht werden müsse, dann deute das auf schlechtes Wetter. Es sei ein Ding der Unmöglichkeit, die sachliche von der formellen Verantwortlichkeit zu trennen. Derjenige, der die ganze Arbeit anregt und in allen ihren Einzelheiten geleitet habe — das ist der Staatssekretär — der müsse auch die formelle Verantwortung tragen. Jetzt aber werde oft genug der Staatssekretär verantwortlich gemacht, auch dann, wenn er nach Anweisung des Reichsanwalts aufzutreten müsse.

Sehr bedauerlich sei es, daß diese wichtigen Fragen geregelt werden seien, ohne den Reichstag vorher zu hören. Jetzt läßt der Reichstag vor vollendeten Tatsachen! Die Verantwortung ist bereits so geregelt, als ob schon alles vom Reichstag genehmigt wäre. Er sei der Meinung, man solle dasjenige, was unvollständig geworden ist, jetzt oder später, aber zur richtigen Zeit und aus freien Stücken ändern und nicht warten, bis die Veränderung durch den Druck der Verhältnisse erzwungen werde.

Staatssekretär des Reichsamts des Innern Graf v. Roeder wandte sich gegen die Anregung des Vorredners, daß ein selbständiges Staatssekretariat für öffentliche Arbeiten geschaffen werden solle. Dem neuen Reichsamt des Innern werden besonders in der Übergangszeit wichtige Aufgaben verbleiben, wie beispielsweise die Fragen des Militärwesens, der Polizei usw. Der allgemeine Staatssekretär werde nicht die Befugnis haben, Entscheidungen zu treffen. Er werde keine Zuständigkeiten zwischen dem Reichsanwalt und den anderen Reichskammern sein, die mehr ihm die Vorbereitung wichtiger Geschäfte anheimstellen, bei denen der Reichsanwalt ohne Zustimmung nicht immer anwesend sein könne. Gegen die vom Vorredner verlangte Verantwortlichkeit der Staatssekretäre liegt das Bedenken vor, daß es im jetzigen Augenblick unpraktisch sei, an die Lösung dieser wichtigen Frage heranzugehen.

Unterstaatssekretär Wallraf versicherte, daß die Teilung des Reichsamts des Innern in dem Augenblick unermesslich geworden sei, als auch die großen politischen Fragen so angenommen haben, daß der leitende Herr unmöglich einen Überblick darüber habe und die Lösung der Angelegenheit nach seinen eigenen Anregungen durchzuführen wüßte.

Abg. Ledebour stimmte in vielen Punkten den Ausführungen bei, die Graf Posadowsky gegen den Vorschlag der Reichsteilung gemacht hat. Diese dankenswerten Ausführungen seien der beste Beweis dafür, wie notwendig das parlamentarische Regierungssystem sei, denn in diesem bleiben die aus ihrem Amt geschiedenen Mitglieder des Reichstags und können auf Grund ihrer Erfahrungen in diesen Fragen sehr wichtige Anregungen geben. Die privaten Beziehungen zwischen der Reichsteilung und einzelnen Abgeordneten genügt durchaus nicht und können nicht die Pflichten erfüllen, die der Reichstag zu erfüllen habe.

Abg. Dr. Strelmann (Natlb.): Er hätte auch gewünscht, daß der Reichsanwalt hier in der Kommission seine Ansichten über die Neugestaltung der Reichskammern vorgetragen hätte. Die Vorlage selbst begrüßt er, wenn er es auch für zweckmäßiger gehalten hätte, daß das Reichsamt des Innern in drei Teile geteilt würde, daß also auch für die sozialpolitischen Fragen ein besonderes Amt, das Reichsarbeitsamt, geschaffen werde. In Bezug auf die Ernennung eines besonderen Stellvertreters des Reichsanwalts schloß er sich im wesentlichen den Bedenken Posadowskys an.

Abg. Dr. David (Sozialdemokrat): Auch seine Freunde fordern, daß der Reichsanwalt bei dieser Verhandlung gegen sei. Wenn man auch den Stellvertreter des Reichsanwalts nicht als Vorgesetzten der Staatssekretäre ausdrücklich bezeichnet, so werde er sich doch tatsächlich als Vorgesetzter betätigen. Er würde in die Angelegenheiten der einzelnen Reichskammern hineinreden und das sei das Allergeschährliche. Was wir brauchen, seien, und darin stimme er dem Grafen Posadowsky durchaus zu, verantwortliche Staatssekretäre. Nur in diesem Fall könnten die Herren ihre Leistungsfähigkeit aufs Höchste anspannen und die nötigen Anregungen geben. Der neue Staatssekretär werde nicht die Einigkeit fördern, sondern im Gegenteil die Gegenkräfte noch vergrößern und verschärfen. Er würde ein Sprechminister werden, ja ein Schwachminister; er sei nur noch eine Krücke mehr. Schon jetzt seien die Staatssekretäre durchaus nicht die maßgebenden Herren, sondern ihnen werden Schwierigkeiten von allen Seiten bereitet. Hierzu kommt jetzt noch der neue Stellvertreter des Reichsanwalts. Der Trost, daß es sich ja nur um eine vorübergehende Einrichtung handle, sei nicht entscheidend. Ist einmal eine solche Einrichtung geschaffen, sei es sehr schwer, sie wieder zu beseitigen. Der eigentliche Grund der jetzt gemachten Vorschläge sei die Rücksicht auf die Person Helfferichs. Helfferich soll durchaus, wie Abgeordneter Strelmann ja auch zugestanden hat, bei den bevorstehenden Friedensverhandlungen mitwirken. Ob er der geeignete Mann sei, sei noch durchaus zu bezweifeln. Wenigstens das Eine sei erwiesen, daß er die Verhandlungen durch sein Ausbleiben nicht erleichtert. Die Anregung Posadowskys, ein Reichsamt für öffentliche Arbeiten zu errichten, sei durchaus beachtenswert. Die sozialpolitischen Arbeiten sind so wichtig und schon so umfangreich geworden; sie werden es auch noch viel mehr in der Übergangswirtschaft werden, daß zur Leitung dieses Amtes eine volle Arbeitskraft nötig ist. Die Verantwortlichkeitfrage sei ja im Verfassungsausschuss des Reichstages behandelt worden und nach den Vorschlägen, die hier gegeben wurden, müßten diese Fragen gelöst werden. Im Bundesrat würde durch den Stellvertreter des Reichsanwalts der Einfluß Preußens noch mehr gestärkt, der der anderen Regierungen noch mehr geschwächt werden. Redner empfahl folgenden Antrag, den die sozialdemokratische Fraktion gestellt hatte, zur Annahme:

den Herrn Reichsanwalt zu ersuchen, eine Vertretung des Reichsamts des Innern in der Weise in die Wege zu leiten, daß die sozialpolitischen Fragen ihre Zusammenfassung in einem Reichsarbeitsamt finden.

Abg. Graf v. Helldorf (Konf.): Seine Partei sei gegen verantwortliche Staatssekretäre sowie gegen ein kollegiales Reichsministerium. Dieses würde die Vorstufe zum Einheitsstaat sein und dagegen müßte seine Partei sich wenden. Endlich sei er gegen den sozialdemokratischen Antrag, ein Reichsarbeitsamt zu errichten.

Staatssekretär des Reichsamts des Innern v. Roeder: Am liebsten sei bei uns von Sprechministern nie die Rede gewesen. Die Vorschläge der Reichskammern haben durchaus nicht die Absicht, irgendwelche Funktionen abzutreten, die ihnen durch die faktische Verfassung auferlegt worden sind.

Graf Posadowsky: Er behaupte es sehr, daß diese wichtigen politischen Fragen heute von der Reichsteilung nicht erörtert werden seien vom politischen, sondern nur vom staatsrechtlichen Standpunkt aus. In der Tat hätte der Reichsanwalt heute anwesend sein müssen. Fürst Bismarck sei auch dann im Reichstag erschienen, wenn es sich um viel weniger wichtige Fragen gehandelt habe, sobald sich diese auf das politische Gebiet erstreckten. Er sei damit einverstanden, daß Wirtschafts- und Sozialpolitik in einer Hand vereinigt würden.

Graf v. Roeder erklärt diesen Vorschlag nicht für glücklich. Es sei vielmehr unbedingt nötig, daß die Übergangswirtschaft an das Reichsarbeitsamt verwickelt werde.

Abg. Erzberger: Ihm scheint es, als ob die jetzt behandelten Fragen noch nicht spruchreif seien. Seine Fraktion habe zu der Vorlage noch nicht fest Stellung genommen. Redner schloß sich den Ausführungen an, nach denen die Gründe, wie sie sich auf Grund der jetzigen Vorlage gestalten würden, unhaltbar erscheinen. Die Vorlage sei nur erklärlich aus Rücksicht auf die Person des jetzigen Reichsanwalts und des Dr. Helfferich. Der Reichstag sei mit der Vorlage vor eine vollendete Tatsache gestellt. Seine Partei wenigstens habe vorher nichts von diesen Plänen gewußt.

Abg. v. Bayer: Der Reichstag habe die Teilung des Reichsamts des Innern schon lange verlangt. Er halte es für richtiger, daß das Amt so, wie es die Vorlage wolle, in zwei, und nicht nach dem Vorschlag der Sozialdemokraten in drei Teile geteilt würde. Er halte gerade den Dr. Helfferich für sehr geeignet, die Verhandlungen zu fördern. Seine Partei werde für die Vorlage stimmen.

Abg. Ledebour trat für den sozialdemokratischen Antrag ein. Damit war die erste Lesung beendet. Von einer Abstimmung wurde Abstand genommen. Die zweite Lesung soll später stattfinden, damit inzwischen die Parteien noch zu den Vorschlägen Stellung nehmen können.

Die preussische Wahlrechtsvorlage.

Berlin, 27. September. Die „Germania“ meldet, daß die preussische Wahlrechtsvorlage im Staatsministerium noch beraten werde. Ihre Einbringung sei vor Ende Oktober oder gar Anfang November nicht zu erwarten.

Berlin, 27. September. Im Verfassungsausschuss des Reichstags hat ein kleiner Zwischenfall nicht geringes Aufsehen hervorgerufen. Der Volkspartei-Abg. Dr. Bachmide richtete an den anwesenden Vertreter der Reichsteilung Ministerialdirektor Dr. Bewald die förmliche Anfrage, ob, wie der Reichsanwalt in Stuttgart und bei anderen Gelegenheiten angefordert hat, tatsächlich beim preussischen Landtage unmittelbar nach seinem Wiederzusammentritt eine auf dem allgemeinen gleichem, geheimen und direkten Wahlrecht beruhende Wahlrechtsvorlage unterbreitet werden würde. Dr. Bewald erwiderte darauf zum nicht geringen Erstaunen des Ausschusses, die Anfrage sei ihm angelündigt gewesen, und er habe sich mit dem Reichsanwalt und Ministerpräsidenten in Verbindung gesetzt, aber bis heute noch keine Auskunft erhalten können.

Politische Uebersicht.

Sozialdemokratische Anfragen.

Die von der Sozialdemokratischen Fraktion im Reichstag eingebrachten zwei Interpellationen haben folgenden Wortlaut:

1. Ist dem Herrn Reichsanwalt bekannt, daß im Heere von Vorgesetzten eine eifrige Agitation zugunsten alldeutscher Politik und namentlich auch gegen die Reichsteilung des Reichstages betrieben wird? — Was gedenkt der Herr Reichsanwalt zu tun, um diesem Mißbrauch der Dienstgewalt durch die Vorgesetzten Einhalt zu tun?
2. Ist dem Herrn Reichsanwalt bekannt, daß von flüchtigen Generalkommandos Verordnungen erlassen worden sind, durch die:
 - a) die Ausübung des Vereins- und Versammlungsrechts vollständig unterbunden und die Befreiung von Lohn- und Arbeitsbedingungen, sowie die Erörterung von Fragen des vaterländischen Hilfsdienstes unter Androhung von Gefängnisstrafen verboten worden ist?
 - b) das Vereins- und Versammlungsrecht einseitig zu Gunsten alldeutscher Propaganda gehandhabt wird?
 Was gedenkt der Herr Reichsanwalt zu tun, um diesen Mißbräuchen Einhalt zu tun?

Der Zusammentritt des preussischen Landtages.

Bestimmlich wurde der preussische Landtag bis zum 9. Oktober vereinigt und dem Präsidenten die Ermächtigung erteilt, den Termin und die Tagesordnung der ersten Sitzung nach der Beratung selbständig festzusetzen. In einer Besprechung der Fraktionsvorsitzenden, die am Mittwoch stattfand, wurde nun gegen die Stimmen der Fortschrittlichen, Sozialdemokraten und Polen beschlossen, nicht am 9., sondern erst am 18. Oktober zusammenzutreten, und zwar sollen auf die Tagesordnung dieser Sitzung außer Petitionen und Interpellationen ein gemeinsamer Antrag aller Parteien gesetzt werden, den die Regierung um Auskunft darüber ersucht, welche Maßnahmen sie zur Verbesserung der Beschaffung von Rohstoffen und Nahrungsmitteleffekten hat und ferner zu ergreifen gedenkt. Der Antrag wird voraussichtlich ohne Erwiderung der beschriebenen Erörterungsmittel überlesen werden.

Die Wahlrechtsvorlage wird noch im Laufe dieses Monats, aber erst in seinen letzten Tagen, eingebracht werden. Scherben haben bürgerliche Parteien erklärt, man könne doch nicht die preussische Wahlreform machen, während die preussischen Sozialdemokraten in Würzburg auf dem Parteitag haben. Wir wollen das gelten lassen und glauben, daß lediglich sachliche Schwierigkeiten die Einbringung des Gesetzes um ein oder zwei Tage verzögern. Inzwischen haben wir, wenn wir noch nicht von einer Verschleppung der Wahlreform sprechen wollen, genügend Grund, das Votariat und alle Wahlrechtsfreunde zu schärfen: Was am 1. Oktober aufzuweisen und zu betonen ist, sind die preussische Wahlrechtsfrage als innerpolitische Sachfrage bis zu ihrer Lösung alle Aufmerksamkeit ungeschlüsselt zu veretlichen.

Der Gefangene.

Nun lebt er schon Jahr und Tag unter uns. Bei einem Bauern ist er beschäftigt. Die Arbeit geht ihm hurtig und geschickt von den Händen. Sein ganzes, etwas fremdartiges Wesen hat viel Freundlichkeit. Seine schwarzen Augen lachen gern. Der harte Bart über den roten Lippen gibt seiner Jugend etwas Stoces und Commanches. Dazu versteht er nun die deutsche Sprache schon ganz gut und kann sich selbst leidlich verständlich machen. Die Arbeiter grüßen ihn laut und herzlich. Die Alten rufen ihm zu. Und den jungen Mädels schaut er selbst gern schamlos und schallhaft in die Augen. Er scheint sich auch ganz wohl zu fühlen. Wäre nicht die fremdartige Uniform, man bezähe sich, daß er ein Kriegsgefangener sei.

Das Melancholische, das noch im ersten Frühling und Sommer ihm in den Blicken glimmte, hat sich nun ganz verflüchtigt. Nahezu drei Jahre sind eine lange Zeit! Die Arbeit hat ihm über das Schwere hinweggeholfen. Wo es anging, paßte er mit an, ließ er seine jungen Kräfte spielen. Man ließ ihn, selbst wenn er ungerne kam, gern gehahren. Die eigene Jugend fehlte: mehr denn einmal mochte sich das Bedenken. Er merkte das wohl, machte aber nicht groß Aufhebens davon. Man sah es deutlich: nicht auf das Gefängnis kam es ihm an, sondern darauf, mit Hilfe der Arbeit, die Zeit milderungen — die Stunden, Tage, Wochen, Monate und Jahre der Gefangenschaft...

Dann und wann kam ein Brief aus seiner Heimat. Dann glänzte in der Empfangsstraße wohl sein Angesicht. Das aber wurde es bei ihm so still in seinen Augen, um so schwerfüßiger in allen seinen Bewegungen: das Geheimnis hatte ihn gepackt. Ausprechen konnte er sich mit niemand. Für sich allein mußte er alles tragen, mit sich selbst alles bearbeiten — das Gute und das Schlimme. Dann lieb er die anderen. Damit schloßte der sonst so gewöhnliche und Gesellige mit irgend etwas Arbeit hinaus in die Stille der weiten Felder. Dort wirkte und merkte er, unmerklich, ohne aufzusehen. Nur dann und wann mal schaute er seinen in der angestammten Arbeit getätigten Arbeiter, hob er die Schultern, holte er tief Atem, künzte er hinaus in die Weite. Und ganz langsam ging er dann...

in einer fremden Sprache — die Worte verstand keiner, und doch verstand jeder, daß es ein Lied der Geliebten war, ein Lied, wie es nur die Sehnsucht eines Gefangenen singen kann...

Die Kriegsschiffsverluste der Gegner.

Berlin, 27. September. Die Kriegsschiffsverluste unserer Feinde in drei Kriegsjahren betragen:

England: Gesamtverluste rund 661 300 Tonnen. Linienschiffe 13 mit zusammen rund 215 200 Tonnen, Panzerkreuzer 17 mit zusammen 253 600 Tonnen, geschützte Kreuzer und U-Boots-Abwehrkreuzer 26 mit zusammen rund 107 800 Tonnen, Kanonenboote, größere 6, mit zusammen rund 3400 Tonnen, Torpedofahrzeuge 74 mit zusammen rund 60 000 Tonnen, Unterseeboote 20 mit zusammen rund 21 300 Tonnen, außerdem mehrere kleine Kanonenboote und 33 Hilfskreuzer.

Französische Gesamtverluste rund 101 000 Tonnen. Linienschiffe 4 mit zusammen rund 64 400 Tonnen, Panzerkreuzer 3 mit zusammen 25 100 Tonnen, U-Boots-Abwehrkreuzer 1 mit 1800 Tonnen, Kanonenboote 2 mit 1300 Tonnen, Torpedofahrzeuge 25 mit zusammen rund 12 000 Tonnen, Unterseeboote 13 mit zusammen rund 6400 Tonnen, außerdem 12 Hilfskreuzer.

Russische Gesamtverluste rund 71 810 Tonnen. Linienschiffe zwei mit zusammen 35 300 Tonnen, Panzerkreuzer 1 mit 8000 Tonnen, geschützte Kreuzer 1 mit 3180 Tonnen, Kanonenboote 4 mit 4380 Tonnen, Torpedofahrzeuge 13 mit zusammen rund 9700 Tonnen, Unterseeboote 6 mit zusammen rund 3000 Tonnen, Stren- und Minenschiffe 2 mit zusammen 8250 Tonnen.

Stattenische Gesamtverluste 78 450 Tonnen. Linienschiffe drei mit zusammen 49 200 Tonnen, Panzerkreuzer 3 mit zusammen 17 750 Tonnen, Torpedofahrzeuge 11 mit zusammen rund 5900 Tonnen, Unterseeboote 9 mit zusammen rund 3500 Tonnen, außerdem 3 Hilfskreuzer.

Japanische Gesamtverluste 23 825 Tonnen. Panzerkreuzer 1 mit 14 000 Tonnen, geschützte Kreuzer 2 mit zusammen 8600 Tonnen, Torpedofahrzeuge 3 mit zusammen rund 1100 Tonnen, Unterseeboote 1 mit 125 Tonnen.

Verlorene Schiffe von Amerika: Der geschützte Kreuzer „Olympia“ mit 6600 Tonnen, das Unterseeboot „A. 7“ mit rund 125 Tonnen.

Romanien: 1 Kanonenboot und 1 Torpedoboot.

Neben der eigenen Verluste der Mittelmeerflotte wurden während der Dauer des letzten Jahres zusammen...

Aus aller Welt.

Das Amseleck im Brommelfener. Unter den vielen Geschichten, die von der Restrense der im Kampfgebiet nistenden Vögel erzählt, gehört die folgende zweifellos zu den merkwürdigsten. Für ihre Wahrheit verbürgt sich ein englischer Offizier, der aus den Kämpfen am Westschattbogen in der „Times“ berichtet:

„Mein Vorgesetzter hatte mit am Abend, als ich müde zur Ruhe ging, erzählt, daß er in einem der von den Deutschen geräumten Gräben ein Amseleck gefunden habe. In Anbetracht des Höllefeuers, das den ganzen Tag auf dem Gelände gebrannt hatte, hielt ich dies für völlig unmöglich. Als ich am nächsten Morgen ein halbes Stündchen frei hatte, ließ ich mich aber dennoch zu der Stelle führen. Ich sah dort in der Tat das Nest mit fünf Eiern, die noch warm waren. Es befand sich in einem Verbindungsgraben, etwa 13 Meter von der ersten Linie entfernt. Nach ein paar Minuten lehrte das Amseleck zurück und begann sofort, ohne sich durch unsere Annäherung stören zu lassen, mit dem Brutzgeschäft. Das Nest befand sich etwa 1 Meter vom Boden entfernt. Zur Kennzeichnung der Situation will ich noch hinzufügen, daß etwa 100 Meter weiter eine gemauerte Mauer angefliegen kam, die ein Loch in das Gebirg gerissen hatte, in dem ein ganzes Haus hätte Platz finden können. Rings um das Nest waren in Abständen von kaum 1 Meter breite Granattrichter. Es scheint geradezu unglaublich, daß die Amsele in mitten dieses Höllefeuers der Schlacht leben können. Aber ich habe den nistenden Vogel mit eigenen Augen gesehen und auch andere Kameraden können die Wahrheit meiner Beobachtung auf eigener Anschauung bezengen.“

Der Landrat des Kreises... läßt auf eine Weise in einem Eisenbahnwagen seine Landtagsfrage legen. In Laufe angekommen, kommt er natürlich sofort der Verhaftung und findet an das Dunkelmeer. Landtagsfrage mit wichtigen Papieren in dem und dem Abteil liegen geblieben. Sofort werden an Landrat Herr E. Sehr pünktlich erzählt er den Landtagsfrage von dem Dunkelmeer. Landtagsfrage gefunden, wichtige Papiere bei derselben nicht vorgefunden, dagegen fünf Pfund Butter?

Ein Dietrich hat für den Storch eine Juchend... auf dem Storch... ein... hat aber noch nicht genug... und...

Breslauer Nachrichten.

Breslau, den 28. September.

Stadtvorordnetenversammlung

Seine Erhöhung der Militärfahrkarten.

Den Vorschlag der gestrigen Sitzung nahmen die Straßenbahnwagen in Anspruch — die Verkehrsbeschränkungen und die geplante Erhöhung der Militärfahrkarten für Militärfahrer. Die rechtliche Debatte, an der sich viele Redner beteiligten, ließ keinen Zweifel darüber, daß sich die Straßenbahn wegen der erzwungenen Kohlenpreiserhöhung von 20 Prozent in einer ähneln Lage befindet, und daß es ohne Erhöhung einzelner Linien, Verlängerung der Fahrzeiten, Verringerung der Wagen und ähnliche Maßnahmen in den bevorstehenden Wintermonaten nicht abgehen wird. Bekannter Widerspruch erhob sich aber dagegen, unter den vielen Vergünstigungen, welche die Stadt in Form von Schülern, Studenten, Beamten und Arbeitslosen gewährt, gerade die Vergünstigung für die Soldaten abzuschaffen. Gegen eine solche einseitige Maßnahme wandte sich besonders Stadtvorordneter Zimmer, der mit warmen Worten die Kosten und Verluste der feldgrauen Bürger schilderte, und der selber Mitbürger Kaufmann Frank besagte. Die Vorlage erschien schon, nachdem dieser „Arbeiter- und Soldaten-Rat“ gesprochen, als gefallen; bei der Beibehaltung halfen aber noch die Herren Goldschmidt, Muffe, Wohlauer und einige andere, so daß bei der Abstimmung noch noch wenige Stimmen dafür erhoben. Die Vorlage wird damit abgelehnt, der Gehalt, mit allen Vergünstigungen einmal Schluß zu machen, wenn die Lage der Straßenbahn es gebietet, schien dabei am Anhängern gewonnen zu haben.

Die sonstigen Punkte der Tagesordnung ergaben nur kurze Debatten. Bei der Mitteilung über die gemachten Vorstöße an Beamte und Arbeiter der Stadt wurde dem Magistrat größtes Wohlwollen aus Herz gelegt, besonders bei der Wiedereröffnung und gegenüber den Altpensionären, die nach einer Mitteilung des Oberbürgermeisters bei den Taxierungsausschüssen berücksichtigt werden sollen.

Dem verstorbenen Stadtkämmerer Blatte, wie dem seinen Wunden erliegenden Stadtvorordneten Krimle widmete der Vorleser am Beginn der Sitzung berühmte Nachrufe.

Die Betriebseinschränkungen der Straßenbahn.

Stadtv. Reich (lib.) trägt eine Anfrage von zwanzig Stadtvorordneten über die Betriebseinschränkungen bei der städtischen Straßenbahn vor. Einige Linien sind eingestrichen und bei den anderen verkehren die Wagen in größeren Abständen. Die Bevölkerung, die im Kriegs schon so vieles ertragen hat, wird auch diese Beschränkung geduldig hinnehmen, wenn vom Magistrat die Notwendigkeit nachgewiesen wird. Vielleicht könnten aber in den Hauptverkehrsstunden, früh, mittags und abends, die Beschränkungen fallen gelassen werden.

Oberbürgermeister Matting: Das Elektrizitätswert erhöht 20 Prozent weniger Kohlen, weshalb es nicht mehr allen Ansprüchen genügt ist. Es sind nur 20 Prozent Stromersparnis erzielt worden, die durch die Betriebseinschränkungen erzielt werden sollen. Sie werden aber kaum voll erzielt werden. Wir müssen froh sein, wenn wir mit den bisherigen Einschränkungen auskommen.

Stadtv. Goldschmidt (lib.): Die Betriebseinschränkungen haben zu allerlei Unzuträglichkeiten geführt. In den Haltestellen werden die Wagen gestrichelt. Sie werden so überfüllt, daß es den Schaffnerinnen gar nicht möglich ist, Billets zu verkaufen. So gehen uns Einnahmen verloren. Sowie es noch nicht genaugenügt. 25 bis 30 Prozent der Leute fahren umsonst (Widerpruch). Das Publikum sollte sich Beschränkungen auferlegen und kurze Strecken zu Fuß gehen.

Stadtbaurat v. Scholtz: Wir haben die Verkehrsbeschränkungen nur der Not gehorchend eingeführt. Daß sie Uebelstände mit sich bringen, ist begreiflich. Die Anregung des Herrn Reich, zu gewissen Zeiten die Beschränkungen fallen zu lassen, ist nicht ausführbar. Wir werden erst in acht bis vierzehn Tagen sehen, ob wir mit der Stromersparnis auskommen, oder ob noch weitere Beschränkungen nötig sind.

Stadtv. Jäschke (lib.) hält nicht für nötig, daß die Bahn bis Dorf Döbitz fährt, während der Verkehr auf wichtigeren Zellstrecken eingeschränkt wurde.

Stadtv. Brinke (lib.): Leider gibt es oft auch keinen Anschluß. Das Schlimmste ist das Benehmen der Schüler vom Junggymnasium. Die Schulbehörden sollten ihren Einfluß dahin geltend machen, daß die Schüler anzukommen haben, wenn alte oder kranke Leute, oder Frauen mit Kindern keinen Platz haben.

Stadtv. Wohlauer (lib.): Die Klagen über die Schüler sind berechtigt. In den Schulen wird auch auf sie eingewirkt, sonst wäre es noch schlimmer. Eine Reihe von Einnahmen gehen der Straßenbahn bei der Ueberfüllung sicher verloren, aber nicht 25 Prozent.

Oberbürgermeister Matting: Es ist unannehmlich, kein Fahrgeld zu bezahlen. Angehörigkeiten von Schülern habe ich immer persönlich gerügt. Wenn die Eltern kein Verständnis haben, muß von allen Beteiligten erzieherisch eingegriffen werden.

Stadtv. Feige (lib.): Das finanzielle Ergebnis der Straßenbahn beweist, daß das Publikum zumeist zahlt. Die Schaffnerinnen sollten mehr Energie zeigen und den Wagen jederzeit so lange halten lassen, bis die zuviel aufgestellten wieder abgestiegen sind. Das Auf- und Absteigen sollte zweckmäßiger nicht an ein und derselben Stelle erfolgen.

Die Aussprache wird dann noch eine Weile fortgesetzt, dreht sich aber nur noch um Einzelheiten.

Der Fünftennigtarif für Soldaten.

Stadtv. Scharte (lib.) berichtet über den Magistratsantrag, die Tarifvergünstigungen für Soldaten wieder aufzuheben. Die Verkehrsdeputation ist einstimmig dahin gekommen. Er bittet den Antrag anzunehmen.

Stadtv. Goldschmidt (lib.): Bei 23 Pfg. Tagelohn sind die Soldaten nicht imstande, mehr zu zahlen. Bei einer 10- und 15-fachen mit Anreisen sind 20 Pfg. weg. Letzte, die Woche gehabt über. Befangene bewacht, aber sonstigen Schwere Dienst gemacht haben, sind müde, und brauchen die Ruhe. Da soll eher einmal ein Abkannent keinen Platz mehr finden.

Oberbürgermeister Matting: Es sind nicht Rentabilitätsfragen, die wir bewegen haben, den Antrag einzubringen, sondern die Notwendigkeit, den Verkehr zu entspannen. Wir folgen mit dem Antrag nur dem Wunsche der Verhältnisse.

Stadtv. Zimmer (Soz.): Wenn nur die Verkehrsbeschränkungen schiedlich sind, kann es es bedeuten, daß gerade die Kassenbesitzer es sehr wollen, die auch leben wollen. Das ist eine sehr wichtige Sache.

Soldaten. Warum verlangt man nicht von den Schülern den vollen Fahrpreis, deren Verhalten vorher erst geschilbert wurde, warum nicht von den Beamten und Studenten oder von Leuten, die als „Arbeiter“ für 5 Pfg. fahren. Köstlich geht der Krieg nun halb zu Erde, umsoweniger aber sollten wir bei den Soldaten und ihren Familien Verärgerung schaffen. Wir müssen doch bedenken, daß die Eingezogenen zum Teil schon recht alte Leute sind, die nach angetragtem Dienst wirklich manchmal kaum noch laufen können. Haben wir es drei Jahre ausgehalten, dann wird es auch noch ein paar Monate mit den fünf Pfennigen gehen.

Stadtv. Brändgen (kon.): Als Soldat bitte ich im Namen meiner Kameraden, die Vorlage abzulehnen. Sie wird in den Kasernen überall disputiert. Der Soldat muß fahren, nach wenn man 10 Pfg. verlangt.

Stadtv. Feige (lib.) beantragt Ausschussberatung. Die Unzufriedenheit kommt nur daher, weil mit den Soldatenfahrkarten gerade der Anfang gemacht wird. Im Ausschuss kann eine allgemeine Tarifierhöhung vorgenommen werden.

Stadtv. Wohlauer (lib.) ist gegen eine allgemeine Tarifierhöhung ebenso wie gegen die Erhöhung für Soldaten.

Stadtv. Herschel (Soz.) ist für glatte Ablehnung der Magistratsvorlage.

Stadtv. Goldschmidt (lib.) will ebenfalls von einer Ausschussberatung nichts wissen.

Stadtv. Scharte betont im Schlußwort, daß auch er kein Freund der Erhöhung sei, und nur den Ausschussauftrag ausgeführt habe.

Die Vorlage wird hierauf abgelehnt.

Die „Vaterlandspartei“ ist eine Kriegsverlängerungspartei.

Wer ihr entgegentreten will, wer für den Frieden wirken will, muß die sozialdemokratische Presse beitreten, die beide mit aller Kraft für den baldigen Verständigungsfrieden wirken.

sozialdemokratischen Partei

beitreten, die beide mit aller Kraft für den baldigen Verständigungsfrieden wirken.

Die Vorlage auf Erteilung von französischem Unterricht an begabte Schüler und Schülerinnen der Volksschulen wurde angenommen.

Der Vermietung der Lazarettwiese oberhalb der Rechten-Ober-Isler-Eisenbahnbrücke, auf der eine Werkstatt und Maschinenfabrik betrieben wird, an die Schlesiische Dampferkompanie wurde zugestimmt. Nach dem Vorschlage des Ausschusses wurde aber der Pachtpreis von 3000 auf 4000 Mark erhöht und die Pachtbauer von 20 auf 10 Jahre herabgesetzt.

Der Ankauf des Grundstücks Michaelisstraße 36 für 128000 Mark zur Errichtung eines weiteren Wohlfahrts-hauses wurde beschlossen.

Auch der Erwerbung des Hauses Schmiedebrücke 39 für 48000 Mark zur Straßenverbreiterung wurde zugestimmt. Dem Jaharbeitsnachweis für das Gastwirtschaft wurde eine Beihilfe von 800 Mark bewilligt.

Für die Stadtverteilungskette werden Junkernstraße 1/3 weitere Räume für 3500 Mark gemietet. Zur Instandsetzung des Grundstücks Langeasse 28 wurden 3000 Mark bewilligt.

Die Vermietung von Räumen in der Schlahtschloßstraße an die Breslauer Produktbank erfolgt für 4000 Mark, statt der bisher gezahlten 1600 Mark.

Schluß der Sitzung 7 1/2 Uhr.

Das Brot wird teurer!

Die Mitteilungen aus dem Kriegsernährungsamt schreien unter anderem:

„Die Preis der wichtigsten landwirtschaftlichen Erzeugnisse sind durch die Bundesratsverordnung vom 19. März 1917 in das richtige Verhältnis zum Schlachtpreis gesetzt worden, wobei die Getreide- und Hackfrüchte im Preise erhöht, das Schlachtpreis im Preise gesenkt worden. Die ermäßigten Viehpreise sind seit August in Kraft, wodurch die erhöhten Getreidepreise mit Einsetzen der vollen Versorgung und der neuen Ernte nur eintreten müssen. Die Wirkungen auf den Spätkornpreis treten erst im Oktober ein.“

Die Erhöhung der Getreidepreise wirkt für das Roggenmehl eine durchschnittliche Erhöhung des Verkaufspreises um 4,90 Mark für 100 Kilogramm, was eine Erhöhung des Brotpreises um etwa 1/2 bis 2 Pfg. je Pfund bedingt, soweit der jetzige Brotpreis entsprechend dem bisherigen Preise für 94prozentiges Mehl niedrig gehalten ist.“

In Breslau beträgt der Brotpreis für ein Pfund 17 Pfg.; er wird ab 1. Oktober um 18/2 bis 19 Pfg. steigen. Näheres wird darüber gewiß noch bekannt werden.

Wieder Erhöhung der Kohlenpreise.

In der heutigen Sitzung der Oberschlesischen Kohlenfondation wurde eine Erhöhung der Kohlenpreise von 2 Mark die Tonne mit Wirkung ab 1. Oktober beschlossen. Hierzu tritt die Kohlensteuer von 20 vom Hundert.

Was soll das arme Volk an Schröpfungen in diesem Winter alles noch ertragen?

Selbstinbedeckung mit Winterkartoffeln.

Neben dem Konsum-Verein „Vorwärts“, dem Breslauer Konsum-Verein, der Genossenschaft Breslauer Kolonialwarenhandler, der Genossenschaft Breslauer Kartoffelhandler übernimmt auch der Verband leitender D. O. B. und Gemüsehändler Breslauer (Verein der Weiß- und Feldfrüchte 46) die Vermittlung beim Bezug von Winterkartoffeln. Die Bestimmungen des Verbandes sind: Die Mitglieder des Verbandes müssen im Oktober 1917 mindestens 2000 Mark an Winterkartoffeln ankaufen. Die Mitglieder des Verbandes müssen im Oktober 1917 mindestens 2000 Mark an Winterkartoffeln ankaufen. Die Mitglieder des Verbandes müssen im Oktober 1917 mindestens 2000 Mark an Winterkartoffeln ankaufen.

Wie die „Vaterlandspartei“ Mitglieder wirbt.

Schon bisher ist es aufgefallen, daß die Unterschriftenlisten der albertischen Kriegsverlängerer immer reicherweise, in schönster Ordnung, die Unterschriften der Postbeamten einzelner Ämter, der Bahner von einzelnen Betriebsabteilungen und sonst der Beamten dieser oder jener Reichs- oder Landesstelle aufweisen. Wie die Unterschriften aufgebracht werden, dafür liegt jetzt ein Beweis vor. Von der Königlich Eisenbahndirektion Breslau ging gestern auf dem Dienstwege in den Büreaus folgendes Schreiben ein:

Breslau, 8. September.

An die Schleiße!

Immer stärker regt sich in deutschen Völkern die Gegenbewegung gegen den Scheibemann-Erzbergerfrieden und gegen den Reichstags-Mehrheitsbeschluß vom 19. Juli. Es gilt, der Öffentlichkeit zu zeigen usw. bis das zusammenfassende Ergebnis wird in der Schlesiischen Zeitung mitgeteilt werden. Die Sammlung wird einige Wochen fortgesetzt.

Schlesiischer Aufruf gegen den Reichstagsbeschluß. Weg mit dem Reichstagsbeschluß! Anschließt der unterschriebene Aufsatz usw. bis bis bis zu dem Tode, den Deutschland braucht!

Breslau, den 24. September 1917.

Der vorstehende Aufruf wird mit Zustimmung des Herrn Präsidenten der Königlich Eisenbahndirektion bei den höheren Beamten und den Beamten der Königlich Eisenbahndirektion und der Ämter in Breslau mit dem Anheimgeben in Umlauf gesetzt, sich ihm, soweit das nicht schon geschehen, anzuschließen und zutreffendfalls in die beigegebene Namenliste eintragen zu wollen. Die angefallenen Namenbogen ersuche ich, mir bis zum 1. Oktober d. J. wieder zugehen zu lassen.

ggs. Wagner, Ober- und Geheimrat.

An die Direktionsbüreaus und sämtliche Ämter in Breslau.

Die Erregung unter den Bahnbeamten über diese Beeinflussung und ungehörige Einmischung in ihr privates Denken ist groß. Man erwartet, daß Herr Präsident Mallison das Schreiben seines ersten Vertreters sofort zurückziehen läßt. Das ist auch nach unserer Meinung seine Pflicht. Jedenfalls aber zeigt sich hier sehr deutlich, welchen Wert man den so „gesammelten“ Unterschriften der Kriegsverlängerer beimessen kann, mit der die „Schlesiische Zeitung“ so gerne prunkt.

Die „Welt am Montag“ (siehe schon Nr. 17) hat nun Unterschriften zusammengebracht, welche nicht ohne Beweis — allerdings nur einen Indizienbeweis — die hochkonjunkturliche „Schlesiische Morgenzeitung“ vom 11. September. Sie bringt einen Schlesiischen Aufruf gegen die Reichstagsmehrheit, der 273 Unterschriften trägt, fast ausschließlich von Beamten. Die Postverwaltung selbst hat 90 namentliche Unterschriften geliefert. Die Königlich Eisenbahndirektion leitet: Postdirektor Sinto hat 78 Beamten des Postamts 1. Ordnung unterschrieben, die noch dazu, was es wohl liegen mag, bis unterschrieben auf dem Postamt 1 in Breslau eine so spontane Entschlossenheit gegen die Reichstagsmehrheit angedeutet ist, daß anschließend das ganze oben bei der Postamt vom Herrn Postdirektor oben angeführten bis zu dem Gros der Unterschriften handschriftlich zu dem Konsumverein Protokoll zusammengekommen ist. Der Postdirektor Sinto muß sich seine Gedanken...
Und so wie viele viele viele unterschrieben auf die unterschriebenen Namen...

Vorankommen von Lebensmitteln.

Auf die Nahrungsmittelkarte 21 gibt es bewußt vorausichtlich Kritik. Der Markenanhang ist vom 20. September bis 2. Oktober abzugeben. (Siehe die Bekanntmachung im Anhangenteil.)

Weniger Nahrungsmittel.

b. h. Gumpen, Feigwaren und dergleichen sollen in der nächsten Zeit verteilt werden. Zur Begründung hierfür teilt das Kriegsernährungsamt mit:

Es entspricht den Grundrissen des Kriegsernährungsamts, die Rationen der öffentlich verteilten Lebensmittel als Gesamtheit zu betrachten und in sich so anzuschließen, daß die Gesamtversorgung mit rationierten Waren im ganzen neuen Wirtschaftsjahre möglichst gleichmäßig durchgeführt werden kann.

In den nächsten Monaten, in denen die Kartoffelanbau am höchsten ist, die Kartoffeln auch den höchsten Nährwert haben und die Spätkornkartoffelversorgung in vollem Umfange einsetzt, werden deshalb die Rationierung entsprechend weniger verteilt werden. Hierdurch werden größere Bestände angesammelt, die in den späteren Wintermonaten und im Frühjahr, in denen die Ernährungsvhältnisse schwerer sind als im Herbst, die Verteilung erheblich größerer Rationierungen als im Vorjahre ermöglichen. Auch in den nächsten Monaten werden in besserer zur Versorgung der Frauen und Kinder sowie zur Aufrechterhaltung der Massenleistungen und für geringere Rationen zum allgemeinen Verbrauch Nahrungsmittel verteilt werden.

Wichtig für Eisenverbraucher und Eisenhändler

Es ist eine Bekanntmachung des Magistrats über den Verkauf von Eisen, Schweißpulver und anderen feilzubehaltenden Eisenwaren. Näheres im Anhangenteil.

3 Millionen Renten DM für Danzabahn.

Die Reichsbank für Danzabahn und Ost teilt uns mit: Die Danzabahnfabriken, welche Mitte August nur über noch 350 000 Renten DM verfügten und weitere Waren nicht mehr beschaffen konnten, haben auf Grund der Bekanntmachung vom 24. August 1917 im August noch 2 700 000 Renten DM bekommen. Es ist das die Hälfte der im August 1917 noch beschaffbaren Renten DM.

Alte Breslauer Nachrichten.

Streifenperrücken. Wegen Umbaus eines Hauses...
Stadtheater. Heute 7 Uhr: Martha...
Operntheater. Heute 7 Uhr: Die Fledermaus...

Theater, Konzerte und Vergnügungen.

Stadtheater. Heute 7 Uhr: Martha...
Operntheater. Heute 7 Uhr: Die Fledermaus...
Königliche Hofoper. Heute 7 Uhr: Die Fledermaus...

gebirge mit seinen romantischen Schönheiten führt was die erregende Tragödie Die Claudi vom Geißerhof...
Stadtheater. Heute 7 Uhr: Martha...
Operntheater. Heute 7 Uhr: Die Fledermaus...

Briefkasten.

Unteroffizier H. O. Lauter (Schöne Bahnhöfen über die Kriegsverlängerung)...
H. O. 153. Die Angehörigen der verstorbenen Frau...
H. O. 154. Die Angehörigen der verstorbenen Frau...

Die Sache ist richtig. Die Kinder bis zu 1 1/2 Jahren...
Die Angehörigen der verstorbenen Frau...
Die Angehörigen der verstorbenen Frau...

Wir blicken hell! Augenlaser... Rich. Fiedler, Optiker... Albrechtstr. 10 - Schwedn. Str. 49.

Schlesisches Schokoladenhaus-Verkaufsstellen:

Erstheut 3 mal wöchentlich. Bezugsquellen-Verzeichnis. Das Lesen bei Einkäufen empfohlen.

Alkoholfreie Getränke. Bilz-Sinalco...
Bäckerwaren und Konditoreien...
Serafistellung, Wäsche...
Bier-Bräuereien...
Kleider- und Schuhwaren...
Kolonialwaren...
Kunststoffe...
Kleider- und Schuhwaren...
Kolonialwaren...
Kunststoffe...

Fleischwaren u. Wurstfabriken...
Kolonialwaren...
Kunststoffe...
Kleider- und Schuhwaren...
Kolonialwaren...
Kunststoffe...

Konsum- und Sparverein „Vorwärts“ für Breslau und Umgegend... 15 000 Mitglieder - 18 Verkaufsstellen... Spargelder werden mit 4 Prozent verzinst.

Kolonialwaren...
Kunststoffe...
Kleider- und Schuhwaren...
Kolonialwaren...
Kunststoffe...

Photografische Ateliers...
Putz, Modes...
Schankwirtschaften...
Schuhw. u. Schuhmacher...
Kaufhaus „Adler“...
Wäsche, Trikotas...
Kleider- und Schuhwaren...
Kolonialwaren...
Kunststoffe...

Familiennachrichten.



Aus den Reihen meiner Angestellten starben fürs Vaterland

Paul John Robert Brix.

Ich werde denselben ein ehrendes Andenken bewahren.

Breslau, im September 1917.

Gustav Steinmetz
Fabrik für Militärbedarf.

Versammlungen u. Vereine

Deutscher Metallarbeiter-Verein
Verwaltung Breslau.

Sonabend, den 29. September, abends 8 Uhr im Lokal des Zimpel, Kleine Seifensasse 10:

Versammlung

der Gold- und Silberarbeiter.

Wir laden alle in den Geschäften beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen hierdurch ein und sind auch die zur Zeit im Beruf nicht beschäftigten Kollegen freundlichst mit eingeladen.
5773 Die Ortsverwaltung.

Lassen Sie sich von mir wegen Ihrer Augenschwäche raten.
Optiker Garai, Albrechtstr. 3.

Die große Bedeutung, welche die Reichsregierung der Goldschmucksammlung zur Stärkung des Goldbestandes der Reichsbank beimißt, schritt aus den weitreichenden gesetzlichen Bestimmungen gegen jegliche Beschneidung, durch die den eisernen Bankmünzen u. eisernen Letzen der Goldbankstellen ihr Charakter als rüchertiges Zahlungsmittel an d. große Zeit gesichert bleibt.
Goldankaufsstelle. Samstagszeit im Rathaus: Nachmittags 10-12 Uhr, Sonn- u. Feiertags 11-12 Uhr.

Trauer-Hüte

In bekannter großer Auswahl und billigen Preisen.

Schmiedebrücke 15/16 **Hulda Siedner** Ecke Kupfer- schmiedestr. 7/8. Bitte meine Schaufenster zu besichtigen. Telefon 3748.

Breslauer Consum-Verein.

Wir erklären uns bereit

Bestellungen auf Kartoffeln

in beschränkter Anzahl aufgrund der Bekanntmachung des Magistrats betreffend

Eindeckung von Winterkartoffeln durch hiesige Vermittlungsstellen an nachstehenden Stellen in der Zeit von 9-12 und 3-6 Uhr entgegenzunehmen:

- Büro, Kreuzstraße 28, part., rechts
- 18. Verkaufsstelle, Vorwerkstraße 57
- 36. " Nordoststraße 11
- 75. " Westendstraße 69
- 46. " Matthesstraße 118
- 72. " Kaiser-Wilhelmstr. 147

Bei der Bestellung sind vorzulegen:

- die in den Brotmarkenausgabestellen erhältlichen roten Postkartenvordrucke und die 3 Bezugsscheinvordrucke.
- die Lebensmittelbezugskarte.

Bei der an obigen Stellen zu erfolgenden Rückgabe der vom Magistrat - Stadtkartoffelstelle - abgestempelten Bezugsscheine hat die Bezahler mit 8 Mark für den Zentner zu erfolgen.

Der Ort der Abnahme der Kartoffeln wird später bekannt gegeben; für Lieferung frei Haus kann eine Verpflichtung nicht übernommen werden.

Die Fortpflanzung

in ihrer natürlichen und kulturellen Bedeutung

von Dr. Friedrich Siebert, Facharzt in München.

Gut broschiert

Nr. 120, nur 0.30 Mk.

Verlagsgesellschaft „Volkswacht“.

Ämtliche Anzeigen.

Verkehr mit Seifen, Seifenpulvern und anderen fetthaltigen Waschlitteln.

Auf Grund der Ausführungsbestimmungen des Stellvertreters des Reichslänglers vom 21. Juni 1917 (Reichsgesetzblatt 1917 S. 646) zur Verordnung des Bundesrats über den Verkehr mit Seife, Seifenpulvern und anderen fetthaltigen Waschlitteln vom 18. April 1916 (Reichsgesetzblatt 1916 S. 307), des Erlasses des Kriegsministeriums Nr. 570/8. U. 2. vom 12. August 1916, der Anordnungen der Landeszentralbehörden J. Nr. II b vom 1. u. 2. Juli 1917 und J. Nr. II b vom 5. Juli 1917 und J. Nr. II b vom 10. Januar 1917 und der Bekanntmachung des Lebensmittelkommissionärs der Seifen-Industrie vom 20. August 1917 (Deutscher Reichsanzeiger 1917 Nr. 199) wird folgende Anordnung erlassen.

§ 1. Jeder Haushaltungsvorstand erhält durch die zuständige Brotmarkenausgabestelle auf seinen Lebensmittelbezugsschein für jedes Haushaltungsmittel eine Seifenkarte.

Die Vorschriften der §§ 4, 5, 7 und 8 der Brotmarkenverordnung vom 11. März 1915 und der Ausführungsbestimmungen vom 20. März 1915 (Gem.-Bl. S. 259) zu §§ 4, 5, 7 (I, II u. III), VII und VIII) und § 8 sind sinngemäß anzuwenden.

§ 2. Die Abgabe und die Erwerbung von Seifen usw. gegen einzelne Marken ohne Vorlegung der ganzen Karte ist verboten.

§ 3. Die eingewonnenen Seifenkartenabschnitte (auch die aus anderen Orten), hat der Wiederverkäufer sorgfältig aufzubewahren und getrennt nach Seifen- und Seifenpulverabschnitten für den abgelaufenen und für den laufenden Monat, aber getrennt für jeden Monat, bis spätestens zum 8. jeden Monats bei der zuständigen Brotmarkenausgabestelle übersichtlich aufgestellt oder in Umschlägen verpackt mit einer Aufstellung nach vorgefertigten Vorbruden einzureichen. Die Abschnitte sind aufzulieben, wenn nicht mehr als 120 Stück von einer Art abgeliefert werden. Die eingewonnenen Ausweise von Ortsbehörden und Abschnitte von Bezugschein der Seifenherstellung- und Betriebsgesellschaft, Berlin, hat der Wiederverkäufer ebenfalls bis spätestens zum 8. jeden Monats mit dem vorgefertigten Bezugsscheine bei der zuständigen Brotmarkenausgabestelle einzureichen.

§ 4. Die eingewonnenen Seifenkartenabschnitte (auch die aus anderen Orten), hat der Wiederverkäufer sorgfältig aufzubewahren und getrennt nach Seifen- und Seifenpulverabschnitten für den abgelaufenen und für den laufenden Monat, aber getrennt für jeden Monat, bis spätestens zum 8. jeden Monats bei der zuständigen Brotmarkenausgabestelle übersichtlich aufgestellt oder in Umschlägen verpackt mit einer Aufstellung nach vorgefertigten Vorbruden einzureichen. Die Abschnitte sind aufzulieben, wenn nicht mehr als 120 Stück von einer Art abgeliefert werden. Die eingewonnenen Ausweise von Ortsbehörden und Abschnitte von Bezugschein der Seifenherstellung- und Betriebsgesellschaft, Berlin, hat der Wiederverkäufer ebenfalls bis spätestens zum 8. jeden Monats mit dem vorgefertigten Bezugsscheine bei der zuständigen Brotmarkenausgabestelle einzureichen.

§ 5. Die Brotmarkenausgabestellen stellen den Wiederverkäufern über die abgelieferten Seifen- und Seifenpulvermarken, sowie über die Ausweise und Abschnitte von Bezugsscheinen Empfangsbestätigungen mit Unterschrift und Stempel aus. Die Wiederverkäufer haben diese Empfangsbestätigungen ordnungsmäßig ausgefüllt zugleich mit den abgelieferten Marken vorzulegen.

§ 6. Die vollen Empfangsbestätigungen sind den Wiederverkäufern dem Lieferanten einzureichen, soweit ein Lieferant Großhändler ist, bis spätestens zum 12. jeden Monats, soweit der Klein- oder Großhändler unmittelbar beim Fabrikanten bestellt, bis spätestens zum 15. jeden Monats. Die Empfangsbestätigungen müssen mit dem Stempel der Firma, des Großhändlers oder des Lieferanten nicht versehen sein. Solche unvollständige Empfangsbestätigungen werden nicht angenommen.

§ 7. Wer im Kleinhandel Seife abgibt, hat ein Lagerbuch über seine am 1. jedes Monats vorhandene Bestände an Seife, Seifenpulvern und anderen fetthaltigen Waschlitteln zu führen. Jede im Laufe des Monats eintreffende Anschaffung von Seife usw. ist von dem Seifehändler in ein Lagerbuch einzutragen. Die bei der Anschaffung erhaltenen Rechnungen sind in übersichtlicher Weise zu sammeln und zur Einsichtnahme der Beauftragten der Stadtverteilungsstelle und der Preisprüfungsstelle jederzeit zur Verfügung zu halten.

§ 8. Für die Abgabe von Seife usw. gegen Vorlegung von Ausweisen der Ortsbehörden oder Abschnitten der Bezugsscheine der Seifenherstellung- und Betriebsgesellschaft, Berlin, ist ein Nachweisbuch anzulegen, das über jede Abgabe nach Zeit und Menge, sowie über den Aussteller und die laufende Nummer des Ausweises (Bezugscheinabschnittes) Aufschluß zu geben hat. Nach der Name und der Wohnort des Ausweisers (Bezugschein-Subjekt) ist in dem Nachweisbuch anzugeben. Zeit und Menge der Abgabe gegen Ausweise (Bezugscheine) sind nach dem vom Magistrat vorgefertigten Muster mit Unterschrift zu führen.

§ 9. Zwischenhandlungen gegen diese Anordnung werden nach § 11 der Ausführungsbestimmungen des Reichslänglers vom 21. Juni 1917 zur Bundesratsverordnung über den Verkehr mit Seife usw. vom 18. April 1916 mit Gefängnis bis zu drei Monaten oder mit Geldstrafe bis zu 1500 Mk. bestraft. Wiederverkäufer können nach § 5 der Bekanntmachung des Lebensmittelkommissionärs der Seifen-Industrie vom 20. August 1917 bei Befehl gegen die §§ 2, 4 und 5 dieser Anordnung von dem Bezuge von Seife und Seifenpulvern dauernd oder zeitweise ausgeschlossen werden.

§ 10. Diese Anordnung tritt mit ihrer Bekanntmachung in Kraft; sie tritt an die Stelle der Anordnungen des Magistrats vom 12. August 1916 (Gem.-Bl. S. 1148) und vom 23. Februar 1917 (Gem.-Bl. S. 247).

Breslau, am 27. September 1917.

Der Magistrat

Städt. Amtl. Seife- und Seifenpulver-Verwaltung.

Die Seifenherstellungsfabrik werden nach Befehl des Magistrats aufmerksam gemacht, daß die Anweisung der Ortsbehörden, die nach unserer bisherigen Anordnungen an die Verbraucher zurückgegeben worden sind, von jetzt an eingehalten und ebenfalls wie die Seifenkartenabschnitte nach §§ 2 und 4 der obigen Anordnung abzuliefern sind. Fern in den vorstehenden Bestimmungen ist ferner, daß jetzt die Seifenkartenabschnitte für 3 Monate (für den abgelaufenen und für den laufenden Monat) aber getrennt für jeden Monat und getrennt nach Seifen- und Seifenpulverabschnitten abgeliefert werden können. Die erste Ablieferung nach den Vorschriften der obigen Anordnung hat in der Zeit vom 1. bis 8. Oktober 1917 zu erfolgen. Die vorgefertigten Vorbruden für Wiederverkäufer zum Aufleben der Seifenkartenabschnitte und die Umschläge zum Verpacken der Abschnitte, sowie die Bezugsscheine für die gegen Ausweise oder Bezugsscheinabschnitte abgegebenen Mengen sind in der Zweigstelle der Stadtverteilungsstelle, Schlossstraße Nr. 2, in den Tagen von Freitag, den 28. bis einschließlich Donnerstag, den 4. Oktober 1917 erhältlich, und zwar zum Preise von 0,30 Mk. für je 10 Vorbruden zum Aufleben der Seifenkartenabschnitte von 0,25 Mk. für je 10 Umschläge zum Verpacken der Abschnitte und von 0,35 Mk. für je 10 Bezugsscheine für die gegen Ausweise abgegebenen Mengen. Seifenkartenabschnitte, die nicht mit dem vorgefertigten Vorbruden abgeliefert werden, werden von den Brotmarkenausgabestellen nicht angenommen. Vorbruden zu den Empfangsbestätigungen, die von Wiederverkäufern erstellt werden, erhalten die Wiederverkäufer bei ihrem Lieferanten oder bei der hiesigen Betriebsstelle der Seifenherstellung- und Betriebsgesellschaft, Orlauer Platz 5/7.

Breslau, am 27. September 1917.

Stadtverteilungsstelle.

Dr. Wagner.

Voranmeldung für Lebensmittel.

Es wird voraussichtlich demnächst auf Nährmittelkarte 31 Grietz abgegeben werden.

Wer auf diese Marke Ware kaufen will, hat in den Tagen von Sonnabend, den 29. September, bis Dienstag, den 2. Oktober 1917 einem Verkäufer nach seiner Wahl die aufgenommene Marke zur Abtrennung des Anhanges und Abstempelung vorzulegen. Berechtigter zur Annahme der Voranmeldung sind die Geschäfte, die schon bei der letzten Verteilung diese Marke befreit verkauft haben.

Die berechtigten Verkäufer haben die gesammelten Anhänge bis spätestens 3. Oktober 1917 bei einer der bereits bekanntgegebenen Stellen, von der sie die Ware erhalten werden, in vorgefertigter Form (Umschläge) einzureichen.

Da beabsichtigt ist, auf die weißen Nährmittelmarken die doppelte Menge Grietz abzugeben, so sind diese Marken doppelt zu zählen.

Breslau, 27. September 1917.

Stadtverteilungsstelle.

Dr. Wagner.

Arbeitsmarkt.

Arbeitsmarkt-Inserate

in der Volkswacht kosten die kleine Zeile

nur 20 Pfennige

Tüchtige Ofenseher

auf Vorarbeit bei guter Pflege nach Carl (u. d.)

V. Paprotny, Ofenbaumeister,

Rauherberg i. Schl., Reiferstraße 8.

Kräftige Arbeiter und Frauen

werden sofort eingestellt auf den Wiesenplätzen Frankfurterstraße 148/50 und Gasanstalt Dürrgoy.

Die Betriebsleitung der Stadtkartoffelstelle.

Tüchtige Dreher u. Schlosser

für dauernde Arbeit sofort gesucht.

A. Niedlich & Co., Siebenhufenerstraße 67.

Tischler, Zimmerer, Maschinenarbeiter

für dauernde Beschäftigung sofort gesucht

Eduard Freytag, Deutsch-Wissa.

Zum 1. Oktober Lehrling

gesucht mit guter Handschrift für Kontor bei baldiger Vergütung.

Hermann Mathiba, Glatzerstraße 43.

Kräftiger Lausbursche

gesucht für den

Pariser & Straßener, Dönerstraße 97.

Kräftige Arbeiter

Auf's Land sucht für bald

Stellmehrgesellen und Lehrlinge.

Otto Schwartz, L. Lohmeyer, Kollnberg 22.

Telefon 12 57 24 41